

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BIG 828 00)

25. September 1968 - 77 / II

Einzelpreis DM 0.75

SEITE 4: DISKUSSION DER "NEUEN LINKEN" IN LJUBLJANA
SEITE 6: DIE WIEDERHERSTELLUNG DES MESSEFRIEDENS IN FRANKFURT
SEITE 7: DAS "ZERSCHLAGT DIE SPD"-PAPIER HORST MAHLERS
SEITE 10: AUS DEM GEFÄNGNIS GESCHMUGGELT: FOLTERN IM IRAN

OST-DIPLOMATEN: ZUR FEINDSTAATENKLAUSEL UND NPD

Diplomatische Kreise aus Ländern, die sowohl in Westberlin wie in Ostberlin vertreten sind, haben den Vorhang über der recht verhüllt ablaufenden "Feindstaaten-Klausel"-Debatte gelüftet. In privaten Gesprächen gaben sie unmißverständlich zu erkennen, daß es sich jetzt um ein Vorgeplänkel handele, das erst im nächsten Spätherbst zur wahren Krise werde: Wenn nämlich, wie zu erwarten, nach der nächsten Bundestagswahl in den Bundestag Vertreter der rechtsextremen NPD einziehen werden. Es könne keinesfalls geduldet werden, daß "in Westberlin, einer zwar selbständigen politischen Einheit, die aber auf dem Territorium der DDR liegt", Bundestags- oder auch nur Ausschusssitzungen des Bundestages stattfinden, an denen sich Neofaschisten offiziell beteiligten. Es stehe außer Zweifel, daß die UdSSR in einem solchen Falle nicht mehr allein verbale Proteste einlegen und auf die Rechtswidrigkeit "nur hinweisen" würde. Was eine NPD-Vertretung im Bundestag, die Westberlin-Frage einmal ausgeklammert, überhaupt bedeute, müßte Bonn ohnehin wissen. Mit "Genugtuung" habe man, so die Ostblock-Diplomaten, die Reaktion der drei westlichen Mächte zur Kenntnis genommen, die die Rechtsauffassung der UdSSR im Grunde genommen bestätigt hätten, wenn auch "schroff verkleidet", wie es heißt. Die "Untertöne" und "die kleinen Wörter" in den Mitteilungen der USA, Frankreichs und Großbritanniens seien kaum zu überhören und zu übersehen. Die USA hätten sich nur gegen eine "einseitige" Intervention ausgesprochen, Frankreich hätte die sowjetische Interpretation lediglich "ungenau" genannt und Großbritannien hätte seine Erklärung "auf diese Situation" bezogen. - Ganz offenbar hat die UdSSR Bonn bereits auf die möglichen Folgen eines NPD-Einzuges in den Bundestag hingewiesen; die Gerüchte wollen nicht verstummen, daß dies anlässlich des letzten Gesprächs Kiesinger-Zarapkin geschehen sei. Die Bestrebungen, die NPD doch noch schnell zu verbieten, nehmen daher in den beiden großen Parteien zu.

CDU WESTBERLIN: WACKELT AMREHN ?

Innerhalb der Westberliner CDU formiert sich erstmals Widerstand gegen die Gruppe um den Landesvorsitzenden Amrehn. Einflußreiche, der Wirtschaft nahestehende Kreise der CDU sind besorgt, daß Westberlin, seine Wirtschaft und seine Bevölkerung die Zeche für die harte Politik der CDU, insbesondere der Gruppe Amrehn, bezahlen muß. Um den "Ausverkauf Berlins" zu verhindern, sollen die radikalsten Kräfte der CDU isoliert wer-

den. Die Westberliner CDU-Tauben hoffen bei ihrem vorsichtigen Taktieren gegen die Falken auf Hilfe aus Bonn.

GRIECHEN: TEACH-IN UND DEMONSTRATION AM WOCHENENDE

Aus Anlaß der "Volksabstimmung" über die Verfassung des Athener Militärregimes am kommenden Sonntag führen die anti-diktatorischen Auslandsgriechen am Wochenende in Westberlin einige Protestveranstaltungen durch. Für Freitag hat der Verein der griechischen Studenten zu einem Teach-in in die TU (20 Uhr) eingeladen, an dem u. a. die aus Griechenland ausgewiesene Journalistin Eva Götz teilnehmen wird. Auch die Studentenvertretungen beteiligen sich an der Veranstaltung. Für Sonnabend ist eine Demonstration vom Wittenbergplatz zur Griechischen Militärmission in der Uhlandstraße beantragt worden (Beginn 10 Uhr). Zu der Demonstration haben alle griechischen Oppositionsverbände, Verein griechischer Studenten, Zentrumsunion, Freunde der EDA, Kampffront und Komitee, aufgerufen. Am Sonntag findet eine Informationsveranstaltung für Griechen im Hansarestaurant statt.

EXTRA-GLOSSE

BLINDEKUH / VON MARTIN BUCHHOLZ

Justitia spielte wieder mal Blindekuh. Sie kann glücklicherweise nicht sehen, was da in ihrem und des Volkes Namen in Moabit geschieht. So wurde am vergangenen Freitag der ideologische Augenfehler der nach rechts schielenden Justiz in dieser Stadt wieder offenbar: Ein Polizist, als Knüppel-Held des 2. Juni angeklagt, wurde freigesprochen. Der Grund: Es hatte niemand was gesehen...

Gesehen hatte man lediglich ein Bild in den Westberliner Zeitungen: Eine Frau mit blutverkrustetem Gesicht und zerrissenem Kleid. "Der Abend" und "BZ" hatten dazu mitgeteilt: "Blutüberströmt wurde diese junge Frau vor dem Steinhagel der Demonstranten in Sicherheit gebracht." Die junge Frau, Helga Haas, aber wußte nichts von einem Steinhagel. Sie hatte nur Polizeiknüppel vor Augen - und das Gesicht eines der Prügel-Polizisten. Dieser wackere Beamte, Polizeiobermeister John, wurde identifiziert und stand nun vor Gericht. Dabei stellte sich heraus, wie empfindlich doch Polizeiseelen sind: Sieben langjährige John-Kollegen können Prügel-Szenen nun einmal nicht mit ansehen. Ergo: Sie haben weder die vor ihren Füßen zusammengeschlagene Frau Haas gesehen noch den recht auffälligen Abtransport der mit einer vier Zentimeter langen Kopfwunde Blessierten beobachtet. Dafür aber hatten sie ihren Kollegen John stets im Auge: Nein, der konnte mit der ganzen Sache gar nichts zu tun haben. Frau Haas und eine andere Zeugin der Anklage, die John als Prügler erkannt hatten, müssen sich also verguckt haben. Allerdings litt auch ein Polizist kurz nach dem 2. Juni an Sehstörungen: Er hatte dem Staatsanwalt erklärt, daß Frau Haas ganz sicher von einem Polizeibeamten zusammengeschlagen worden sei. Man muß diesem Polizisten zugutehalten, daß er zu diesem Zeitpunkt erst vier Monate bei der Schutzpolizei war - und daher noch nicht den nötigen Scharfblick hatte, denn das Auge des Gesetzes nun einmal braucht. Daher lud ihn der Staatsanwalt Mitte Oktober noch einmal zu einem Verhör: Und siehe da, plötzlich durchschaute der brave Schupo viel schärfer die Situation. Vielleicht sah er eine nahende Beförderung vor seinem geistigen Auge, Frau Haas jedenfalls war aus dem Blickfeld seiner Erinnerung verschwunden. (Inzwischen sind übrigens alle an diesem Prozeß beteiligten Polizisten - einschließlich des Angeklagten - befördert worden). Der Verteidiger, CDU-Prügel-Experte Karl-Heinz Schmitz, der seinem Mandanten wahrscheinlich die "aufrichtige Bewunderung" für dessen "spontane Reaktion" am 2. Juni nicht hatte versagen können, konnte diesen uniformierten Zeugen mühelos als unglaubwürdig abqualifizieren. Zwei weitere Zeugen hatten Schwierigkeiten mit der richtigen Optik: Bei einem Polizeifotografen waren ausgerechnet die Bilder von der Prügel-Aktion "nichts geworden". Der als Hauptzeuge in Frage kommende Ehemann der Frau Haas konnte nur recht verschwommene Wahrnehmungen machen. Allerdings nicht, weil er ideologische Tomaten auf den Augen hatte, sondern weil ihm die Polizisten gleich zu Beginn des Einsatzes die Brille heruntergeschlagen hatten.

Verständlich, daß da auch der Richter beide Augen zudrückte. Justitia, das arme Mädchen, hatte wegen ihrer Augenbinde ohnehin nichts gemerkt. Noch nicht einmal, daß sie von einer politischen Justiz zur Dauer-Exekution an die Wand gestellt worden ist.

SPD: TRITT REHS AUS DER PARTEI AUS ?

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Reinhold Rehs, SPD-Bundestagsabgeordneter in Schleswig-Holstein, soll von Bundesvertriebenenminister von Hassel das Angebot erhalten haben, bei den nächsten Bundestagswahlen für die CDU zu kandidieren. Ihm soll ein "sicherer Sitz" zugestanden worden sein. Wegen der revanchistischen Äußerungen von Rehs war es in jüngster Zeit mehrfach zu heftigen Kontroversen zwischen Rehs und den Vertriebenen sowie linken und liberalen Politikern und Gruppierungen der SPD gekommen. In der Öffentlichkeit hatten sich Rehs und der Landesvorsitzende der SPD, Steffen, gegenseitig vorgeworfen, sie schädeten dem Ansehen der SPD.

SPD: KRACH ZWISCHEN BIELEFELDER GENOSSEN

Die Affäre um die Einweihung des Bielefelder Kulturhauses (EXTRA-Dienst 69/II: "SPD-Stadt ehrt Himmler-Freund") beschäftigt inzwischen auch die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Absicht der von einer absoluten SPD-Mehrheit regierten Stadt Bielefeld, das neue, vom Backpulver-Fabrikanten Oetker weitgehend finanzierte Kulturhaus nach dem Oetker-Schwiegervater und Mitglied des Himmler-Freundeskreises, Kaselowsky, zu benennen, stößt mehr und mehr auf Widerstand. Zwar hat das Stadtparlament mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten seinen Namensbeschluss bekräftigt: der Kreisvorstand der SPD hat aber gegen diesen Beschluss Protest angemeldet und die Art und Weise, wie der Beschluss gefasst wurde, als "unmögliche Methode" bezeichnet: Der Zuschauerraum war vor Beginn der Sitzung von Angestellten der Stadt-Verwaltung "besetzt worden", um keine Demonstranten in dem Raum lassen zu müssen. Der Saal wurde sodann "wegen Überfüllung" geschlossen. - Nordrhein-Westfalens SPD-Ministerpräsident Heinz Kühn hat inzwischen seine Zusage, zur Einweihung der Kunsthalle zu kommen, zurückgezogen. Bundesjustizminister Heinemann (SPD) äußerte die gleiche Absicht. Der SPD-Oberbürgermeister von Bielefeld, Herbert Hinnendahl, ein persönlicher Freund der Familie Oetker, ließ verlauten, es handele sich um eine "rein Bielefelder Angelegenheit".

SDAJ: AUSSCHLUSS-AFFÄRE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Nachdem mehrheitlich "anti-autoritären" SDS hat jetzt auch die mehrheitlich "orthodoxe" SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) ihre Ausschlußaffäre. Während im SDS fünf Mitglieder des marxistisch-leninistischen Flügels ("KPD-Fraktion") ausgeschlossen wurden, schloß die SDAJ jetzt 12 Mitglieder des "anti-autoritären" Flügels aus. Während beim SDS die Weltjugendfestspiele in Sofia der Anlaß waren, war es beim SDAJ die Intervention in der CSSR: In der Ortsgruppe Mannheim der SDAJ bildete sich bei einer Diskussion um die CSSR-Intervention eine mehrheitliche Gruppe, die die Intervention durch Warschauer-Pakt-Staaten ablehnte. Daraufhin verließ die Minderheit und der Vorstand der Ortsgruppe den Saal und nahm nicht an einer Abstimmung über eine die Intervention verurteilende Resolution teil. In der Resolution hieß es u. a. : "Die Bürokraten des erstarrten Sozialismus in der Sowjetunion sehen sich nicht in der Lage, historisch bedingte Impulse zu erkennen, geschweige denn sie politisch zu konkretisieren. Der Parteiapparat will weiterhin vorschreiben, was unter Sozialismus zu verstehen ist und ist nicht gewillt, den Sozialismus durch die Politisierung der arbeitenden Klassen zu verwirklichen... Durch die Verurteilung der sowjetischen Intervention in der CSSR lassen wir uns nicht von unserem Kampf gegen den westlichen Imperialismus abhalten, der die Gewalt viel geschickter zu handhaben weiß als die sowjetische Parteibürokratie." Nach Annahme dieser Resolution wurde der Vorstand abgewählt und ein neuer gebildet. Der abgewählte Vorstand berief daraufhin eine außerordentliche Mitgliederversammlung ein, bei der es zu Handgreiflichkeiten zwischen beiden Gruppen kam. Dabei griff auch die Polizei ein. Die außerordentliche Mitgliederversammlung forderte den Ausschluß von 12 Mitgliedern der Ortsgruppe. Im Ausschlußantrag hieß es u. a. : "Es kann nicht vorausgesetzt werden, daß alle SDAJ-Mitglieder den Einmarsch der Truppen der Warschauer-Paktstaaten in die CSSR befürworten. Kritik und Zweifel sind notwendig zur Herausbildung einer einheitlichen Meinung. Das darf aber nicht dazu führen, daß eine Gruppe wie die erwähnte die Situation benutzt, die SDAJ in eine Front mit den antikommunistischen Gruppen zu drän-

gen. Indem sie das auf fraktionelle Art tat, hat sie den Beweis erbracht, daß sie die Satzung und das Aktionsprogramm nur verbal anerkennt." Der Landesvorstand hat die 12 Mitglieder inzwischen ausgeschlossen.

FDP-JUNGDEMOKRATEN: BREMENS VORSITZENDER SCHICKT WEHRPASS ZURÜCK

Cornelius Cordes, Vorsitzender der der FDP nahestehenden Jungdemokraten, Landesverband Bremen, ist "aus der Bundeswehr ausgetreten". Er erhielt vom Kreiswehrersatzamt, nachdem er seinen Wehrpaß kommentarlos zurückgesandt hatte, einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zugesandt. Cordes antwortete mit folgendem Offenen Brief: "Sehr geehrte Herren, leider muß ich Sie berichtigen. Ich habe keinen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt, sondern habe Ihnen meinen Wehrpaß zurückgeschickt und Ihnen mitgeteilt, daß ich ab sofort jeglichen Dienst bei der Bundeswehr verweigere. Ob Sie mich als Kriegsdienstverweigerer anerkennen oder nicht, ist mir vollkommen gleichgültig, denn das kann meine Haltung nicht tangieren. Sie fordern mich in Ihrem Schreiben auf, meinen Lebenslauf beizubringen. Dazu bin ich nur bereit, wenn mir vorher die Lebensläufe von Herrn Kiesinger, Herrn Lübke und die der Generäle, unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1933-1945, vorgelegt werden. Sie fordern mich des weiteren auf, Zeugen zu benennen. Über mein Gewissen kann jedoch außer dem lieben Gott, der seit meinem Austritt aus der Kirche nicht mehr zuständig ist, keiner Auskunft geben, es sei denn, er lügt. Des weiteren wollen Sie eine Begründung von mir haben, warum ich den Dienst bei der Bundeswehr verweigere - nundenn: Eine Bundeswehr im Bündnissystem mit faschistischen Staaten kann nicht mehr die Demokratie verteidigen, die im Grundgesetz vom 23. Mai 1949 intendiert war. Ausserdem kann ich den Einsatz der Bundeswehr im Innern (Art. 87 a, Abs. 4 der Notstandsverfassung) nicht mit meinem Demokratieverständnis vereinbaren, ich könnte mich unter Umständen veranlaßt sehen, nach hinten zu schießen."

LJUBLJANA: TREFFEN DER "NEUEN LINKEN"

In Ljubljana, Jugoslawien, trafen sich 35 Wortführer der "Neuen Linken" aus Europa und den USA. Zu der dreitägigen Konferenz hatte der SDS zusammen mit der "International Confederation for Disarmament and Peace" aus London eingeladen. In der Presse war berichtet worden, daß auf dem Treffen eine Kampagne gegen die Verlängerung der NATO-Verträge im Jahre 1969 beraten worden sein soll; ferner soll eine Große Internationale Konferenz für Ende 1968 beschlossen worden sein. In Wirklichkeit wurde während der Konferenz über die NATO kaum gesprochen und die meisten Teilnehmer waren sich darin einig, daß man nicht wiederum alle Kräfte in einen teuren internationalen Kongreß, wie den Vietnam-Kongreß von Westberlin, investieren sollte. Das Treffen in Jugoslawien zerfiel dagegen in verschiedene informelle Begegnungen der einzelnen nationalen Gruppen, die vertreten waren: Sie kamen aus der Bundesrepublik und Westberlin (SDS), aus Frankreich, Spanien, Schweiz, Finnland, Kanada, Jugoslawien und vom amerikanischen SDS. Mit Aufmerksamkeit vermerkt wurde die Abwesenheit der eingeladenen Gruppen aus Italien und England. Teilnehmer berichten, daß sich aus den Diskussionen keine wesentlich neuen Analysen ergeben hätten. Es hätten sich auch keine neuen Ansätze für eine internationale Zusammenarbeit ergeben. Die Gespräche kreisten eher um die Frage, wie man Aktionen entwickeln könne, die in der Lage seien, politisches Bewußtsein vor allem in der jüngeren Bevölkerung der einzelnen Länder zu entwickeln. Es wurde diskutiert, wie eine gewisse Stetigkeit in der neuen Protestbewegung zu erhalten sei, die nur zu offensichtlich ihren Impetus allein aus äußeren Anlässen und den Reaktionen darauf beziehe und die jeweils an Kraft verliere, wenn die von anderen hervorgerufene Krise vorüber sei. Man stimmte allgemeindarin überein, daß die Bewegung nicht lebensfähig sei, wenn sie fortfahre, nur auf diese Weise zu agieren. Das würde dazu führen, daß man ständig in der Defensive sei. Das zwingt schließlich dazu, daß man sich ständig in spontane Demonstrationen stürze, die - bei all ihrem Wert für die Beteiligung von großen Teilen der Studentenschaft - ohne jegliche strategische Bedeutung seien. Es herrschte schließlich auch Übereinstimmung darüber, daß die Universitäten nicht demokratisiert werden können, solange die Gesellschaft repressiv sei und hierarchisch geordnet und solange sie von kapitalistischen, imperialistischen und bürokratischen Interessen kontrolliert wer-

de. Zwar sei die Installierung freier und kritischer Universitäten nach amerikanischem oder westdeutschem Modell nützlich, weil man damit die Arbeitsweise demokratischer Institutionen zeigen könne. Im allgemeinen verliefen die Diskussionen, so berichten Teilnehmer, trotz der wenigen konkreten Ergebnisse harmonisch. Die einzige heftige Differenz gab es zwischen amerikanischen Vertretern sowie jugoslawischen und tschechoslowakischen Studenten. Die Osteuropäer, die sich als "Neue Linke" und als "marxistisch und humanistisch" bezeichneten, erklärten, daß sie die beginnende Entwicklung zur Marktwirtschaft hin in ihren Ländern unterstützten, weil sie darauf abzielte, eine ausreichende Produktion von Waren und bessere Qualität zu garantieren. Die Amerikaner dagegen klagten die Marktwirtschaft überhaupt an und bezeichneten sie als kapitalistische und nicht sozialistische Wirtschaftsform. Die Amerikaner schlugen schließlich vor, ein Dokumentationszentrum zu errichten, daß eine gewisse Kontinuität in die Arbeit der "Neuen Linken" bringen solle. Das Zentrum soll an der Stanford University in Kalifornien eingerichtet werden. Das Zentrum soll noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen und dem Studium der neuen europäischen Protestbewegung dienen; es soll die Übersetzung und Verteilung wichtiger europäischer und amerikanischer Dokumente übernehmen.

FREITAG: ENTSCHEIDUNG ÜBER POLIZEIEINSATZ AM 2. JUNI

Das Westberliner Verwaltungsgericht wird am Freitag, 27. September, 10 Uhr (I. Kammer, Saal 336, Hardenbergstraße 21) über die Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes beim Schahbesuch vor der Deutschen Oper am 2. Juni 1967 entscheiden. Das Gericht soll auf Antrag des Studenten Bernd S. - er war vor der Oper unter den Schlagstockhieben eines Polizeibeamten ohnmächtig zusammengebrochen und lag drei Wochen im Krankenhaus - feststellen, daß das Vorgehen der Polizei rechtswidrig war. Das Gericht bewilligte Bernd S. das Armenrecht. Die Klage wird von der Humanistischen Union Westberlin unterstützt.

APO STUTTGART: "GRÜNE TEUFEL" ZUR HÖLLE GESCHICKT

Das amerikanische Vietnam-Filmepos "Die grünen Teufel", das den Völkermord verherrlicht, mußte auch von den Spielplänen zweier Filmtheater in Stuttgart nach dreitägigen Aktionen des Club Voltaire abgesetzt werden. Der Kino-Besitzer der "Kammerspiele" unterstützte dabei die Demonstranten, indem er lediglich negative Kritiken in seine Schaukästen hängte und den APO-Anhängern anbot, in seinem Theater eine Publikumsabstimmung über den Film sowie eine Diskussion durchzuführen: Er selbst müsse den Film aufgrund vertraglicher Bindungen mit dem Verleih vorführen. Die Demonstranten machten von diesem Angebot keinen Gebrauch, da sie darin eine Finte vermuteten. Mit Sitzstreiks vor dem Kino, Flugblättern und aufklärenden Gesprächen wurden die Vorführungen boykottiert. Am dritten Tag der Aktion, an der sich schließlich etwa 150 Demonstranten beteiligten, fand mit Zuschauern und Theaterbesitzern eine Diskussion im Club Voltaire statt. Dabei wurde die Absetzung des Films vom Kinoprogramm beschlossen. Das zweite Stuttgarter Kino, das den Film zeigte ("Filmpalast"), schloß sich dem Boykott stillschweigend an. - In Westberlin wird der Streifen des Rechtsextremisten John Wayne (aktives Mitglied der rassistischen John-Birch-Society) vorerst nicht gezeigt: Der Verleih hat ihn wegen "akuter Demonstrationsgefahr" für die Frontstadt gesperrt.

ZITAT DER WOCHE

Der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Senegal-Präsident Senghor, der in seinem Lande Kinderarbeit ab dem 11. Lebensjahr duldet, Oppositionsparteien nicht zuläßt und trotzdem Opponierende (Liberale, Gewerkschafter) ins Gefängnis wirft, die Universität wegen Widerspenstigkeit der Studenten schloß und Zwangsarbeit für Arme, die keine Steuern zahlen können, eingeführt hat, wird von der Frankfurter Buchmesseleitung folgendermaßen beschrieben: "Zu verschiedenen Zeiten hat Senghor die hauptstädtische Arbeiterschaft und die Studenten mit Zwangsmitteln des Staates in seine Schranken verwiesen. Es bleibt aufschlußreich, daß dieser Gelehrte und philosophische Mann in solchen Situationen eine Wachsamkeit an den Tag legte, die unter Männern von so hohem Geistesflug nicht eben häufig anzutreffen ist."

WIE SIEGFRIED DEN MESSEFRIEDEN ZU FRANKFURT WAHRTE / Von H. Schwenger

Wissen Sie, warum die 20. Frankfurter Buchmesse von Polizei geschlossen wurde? Warum Autoren und Verleger bespitzelt, verhaftet und geschlagen wurden? Warum der vom Börsenverein so oft beschworene Messefriede von der eigenen Messeleitung gebrochen wurde? Wissen Sie, wozu das alles geschah?

Damit "die internationalen Fahnen geschützt werden". So sagt es am Sonntag Siegfried Taubert, der Direktor der Frankfurter Buchmesse. Er übt das vielzitierte Hausrecht des Buchhändler-Börsenvereins aus. Weil er die Fahnen vor dem Messegelände durch den anrückenden SDS gefährdet glaubt, läßt er die gesamte Messe durch eine Polizeiaktion sperren. Wie hat der Vorsteher des Börsenvereins am 13. August an die Verleger geschrieben? "Die Messeleitung wird auch nicht davor zurückschrecken, (...) von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen."

Als Siegfried Taubert auf der Pressekonferenz am Eröffnungstage gefragt wird, wieviel Polizei auf der Messe stationiert ist, will er davon nicht unterrichtet sein. Er gibt sich überrascht, als von Polizeikontrollen auf dem Messegelände die Rede ist. Journalisten entdecken allerdings bei einem ersten Rundgang, daß die Höfe hinter den Messehallen dicht mit Polizei besetzt sind. Ein Buchhändler, der versehentlich eine falsche Tür öffnet, steht plötzlich im Keller einer Halle einer Hundertschaft Polizei gegenüber. Siegfried Taubert freilich hat erklärt, man werde Polizei nur im Notfall und nur "nach Bedarf" einsetzen.

Bedarf ist schon am zweiten Messetag gegeben: Als Franz-Josef Strauß die Messe besucht, läßt Taubert durch die Polizei die Gänge sperren, damit Strauß am Stand seines Verlegers eine Pressekonferenz geben kann. Den anderen Ausstellern sind solche Konferenzen auf dem Messegelände untersagt.

Am Samstag, dem Hauptbesuchstag der Messe, läßt Siegfried Taubert "wegen Überfüllung" eine der beiden Hallen schließen. Passieren dürfen nur noch Aussteller und Journalisten - und Adolf von Thadden, der ungehindert die Absperrung durchschreiten darf. Hausherr Siegfried Taubert will davon allerdings nichts gewußt haben, obwohl ein Heer von Kripobeamteten in Zivil die Hallen "observiert".

Noch als dieselben Beamten auf der Messe bereits Autoren und Buchhändler verhaften, zusammenschlagen und in Handschellen abführen, bestreitet Siegfried Taubert vor einer Verlegerdelegation den Einsatz ziviler Beamter. Später, am Sonntag, stürzt er sich selbst als ziviler Hilfspolizist ins Gefecht. Ebenso wie der Berliner Buchhändler Meurer kontrolliert er auf eigene Faust Personalien von Besuchern. Vier Zeugen beobachten, wie er eine junge Frautätlich angreift; erst als ihr Mann ihr zuhilfe kommt, läßt Taubert von ihr ab. Vielleicht denkt er an die Worte seines Vorgesetzten Rolf Keller, der als Vorsitzender des Messe-Aufsichtsrates am vergangenen Mittwoch gesagt hat, er als alter Rittmeister wisse schon, wie man mit diesen Dingen fertig werde.

In seinem Büro von empörten Ausstellern zur Rede gestellt, ist Siegfried Taubert von den Vorgängen, die sich unter seinem Hausrecht abspielen, nicht unterrichtet. Er kann weder über die Zahl der Verhafteten Auskunft geben noch ist er bereit, sich für deren Freilassung einzusetzen. Dazu muß ihn erst eine Versammlung von Verlegern und Autoren am nächsten Tag zwingen. Jetzt versteckt er sich hinter Polizei und Staatsanwaltschaft, die sich alle Informationen vorbehalten habe. Von seinen Rechten als Hausherr ist gegenüber der Polizei offenbar nicht die Rede. Auch in diese Versammlung schleichen sich Polizisten in Zivil ein. Nicht Siegfried Taubert als Hausherr weist sie aus dem Raum, sondern Verleger und Autoren drängen sie gemeinsam hinaus. Dem alten Rittmeister gehen auf dieser Versammlung die Nerven durch. Er schreit plötzlich in die Versammlung, sie solle doch Ruhe geben. Der einzige, der gehorcht, ist Friedrich Georgi, der Vorsteher des Börsenvereins. Er spricht auf dieser Versammlung kein einziges Wort. Auch dann nicht, als ein britischer Verleger die Frage stellt, ob die Messeleitung nicht wisse, woran deutsche Polizeiuniformen die ausländischen Messegäste erinnerten. Georgi war selbst im Widerstand des 20. Juni 1944 aktiv. Vielleicht hat ihm jemand erzählt, was der Frankfurter Verleger Holtzbrink nach dem meistzitierten Messe-Ondit zu einem Kollegen gesagt hat: Warum er sich denn aufrege, dies sei doch immer noch besser als im Dritten Reich.

DAS "MAHLER-PAPIER" UND DIE SPD

Einen intern gedachten, aber weder geheimen noch geheimgehaltenen Diskussionsbeitrag von Horst Mahler hat Westberlins SPD-Führung jetzt auszugsweise veröffentlicht, um ihn gegen die Opposition in den eigenen Reihen zu verwenden. Eine Veröffentlichung des ganzen Beitrags lehnte sie ab - vielleicht hat sie vom Verfassungsschutz nur Auszüge zur Verfügung gestellt bekommen. Mitglieder der SPD wollen aber wissen, was Mahler insgesamt gesagt hat. EXTRA-Dienst hilft: Wir veröffentlichen heute und in der Sonnabend-Ausgabe den ungekürzten Wortlaut. - Der vorliegende Diskussionsbeitrag war einer unter etwa 15, die zu einer Arbeitstagung von Vertretern der APO Westberlins Mitte Juni vorgelegt wurden. Im ersten Teil antwortete Mahler dabei auf einige EXTRA-Dienst-Beiträge, die er etwas simplifizierend abhandelte, im zweiten setzte er sich mit Fragen der Organisationsstruktur der APO auseinander, im dritten mit der Wirksamkeit der Vorstellungen der APO innerhalb der Organisationen und Institutionen des Establishments. Es folgt der ungekürzte Text:

"Die 'Krise' der Außerparlamentarischen Opposition im Sommer 1968 - und wie man sie überwindet.

Die "EXTRA-Dienst-Fraktion" spricht von einer "Krise" der Außerparlamentarischen Opposition. Alles spricht jedoch dafür, daß wir uns nicht in einer echten Krise befinden, sondern lediglich "Wachstumsbeschwerden" haben.

Mit erstaunlicher Geschwindigkeit hat sich zum erstenmale seit Kriegsende in Westdeutschland, speziell aber in Westberlin, eine massenhafte Opposition gegen die bestehende Gesellschaft entwickelt, die eindeutig sozialistische Tendenzen in sich trägt.

Meschkat hat in dem Jahresbericht des Republikanischen Clubs als charakteristische Merkmale der Außerparlamentarischen Opposition deren antikapitalistische und antiautoritäre Einstellung hervorgehoben. Die antikapitalistische Komponente ist unproblematisch, umstritten ist der Stellenwert des sogenannten antiautoritären Lagers.

Die orthodoxen Marxisten - unter ihnen die "Extra-Dienst-Fraktion" - sehen in der antiautoritären Haltung der studentischen Opposition nur "kleinbürgerliches Revoluzzer-tum". Schon in den Anfängen der Diskussion über die Gestaltung der Außerparlamentarischen Opposition waren sie unfähig, ein konstruktives Verständnis für das antiautoritäre Lager zu gewinnen. Sie haben sich zwar nolens volens mit den politischen Aktionen des antiautoritären Lagers im großen und ganzen solidarisiert, aber jeweils nur mit dem unausgesprochenen Vorbehalt: "Es ist eben gutgegangen."

Jetzt, wo die Dialektik der antiautoritären Haltung zu einem politischen Problem für die Außerparlamentarische Opposition wird, glauben sie sich in ihrer skeptischen Einstellung gegenüber den "Antiautoritären" bestätigt. Sie merken dabei nicht, daß sie mit dieser selbstgefälligen These lediglich ihr Mißverständnis der gegenwärtigen politischen Entwicklung komplettieren.

Die "theoretische Bewältigung" des Problems des antiautoritären Lagers besteht bei den Dogmatikern darin, daß sie kommentarlos die Abhandlung von Lenin über den Linksradikalismus aus dem Jahre 1920 auszugsweise zitieren. Sie wollen nicht sehen, daß es "die kleinbürgerlichen Revoluzzer" - die Antiautoritären - waren, die auf der politischen Bühne der Bundesrepublik und in Westberlin überhaupt als Erste wieder eine politische Entwicklung mit positiven Akzenten in Bewegung gebracht haben. Diejenigen, die nicht müde werden, den "marxistischen Rosenkranz" herunterzubeten und immer wieder zu betonen, daß allein das Proletariat und nicht die aus "kleinbürgerlichem Milieu" stammenden Studenten die Träger der sozialistischen Revolution sein können, vergessen, daß die Arbeiter auch heute noch weit davon entfernt sind, diese Rolle zu übernehmen, und daß unsere Konzeption dieser Situation angepaßt sein muß. Die sozialistische Politik beginnt nicht erst dann, wenn die Arbeiter wieder als revolutionäre Kräfte auf der Bühne erscheinen.

Tatsache ist, daß die Studenten als Erste im Bereich der wissenschaftlichen Produktion in zunehmendem Maße ein politisches Bewußtsein entwickelt haben, das zu den Ursachen

der sozialen Unzulänglichkeiten und Widersprüche vorgedrungen ist und damit die kapitalistische Gesellschaftsordnung insgesamt in Frage stellt. Es waren diese Studenten, die traditionelle Kampfformen der Arbeiterbewegung wiederbelebt und - entsprechend ihrer Situation - weiterentwickelt haben. Sie haben damit gleichzeitig die Erinnerungen an erfolgreiche soziale Auseinandersetzungen geweckt und für die Gegenwart ein Exempel statuiert, das bei Bedarf in mehr oder weniger abgewandelter Form von den Werktätigen übernommen werden kann. In den zurückliegenden Monaten haben sich verschiedene Beispiele dafür ergeben, daß die Arbeiter die studentischen Kampfformen für ihre Ziele übernehmen (Sitzstreiks in Betrieben, Go-ins ins Verwaltungsgebäude, Fabrikbesetzungen), wenn ihnen die Notwendigkeit des selbstorganisierten Kampfes bewußt wird.

Die studentische Protestbewegung geht von der Erkenntnis aus, daß, wo immer in der spätkapitalistischen Gesellschaft Autorität vorgefunden wird, diese als Mittel zur Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung eingesetzt wird und fungiert; daß die Anerkennung dieser Autoritäten der Durchsetzung der Interessen der Produzenten - also der Mehrheit der Gesellschaft - entgegensteht und in diesem Sinne irrational weil auf die Erhaltung einer historisch überlebten Gesellschaftsformation gerichtet ist.

Da progressive Autorität, die sich beispielsweise in einer erfolgreichen, den geschichtlichen Notwendigkeiten und den politischen Gegebenheiten entsprechenden sozialistischen Massenpartei herausbilden könnte, in der gegenwärtigen Situation nicht angelegt ist, konnte sich die studentische Protestbewegung mit der Negation jedweder Autorität, also auch innerhalb des eigenen Verbandes, entwickeln. (Wobei hier anzumerken ist, daß beispielsweise der SDS in der Aufstiegsphase von Rudi Dutschke in informeller Weise durchaus autoritär strukturiert war.)

Der politische Stellenwert der antiautoritären Einstellung bestand und besteht darin, daß sie die auf irrationaler Autorität beruhende spätkapitalistische Gesellschaftsordnung insgesamt radikal in Frage gestellt hat und weiterhin in Frage stellt; daß sie darüber hinaus tendenziell die Auflösung der bürgerlichen Institutionen bewirkt, die den aus den sozialen Konflikten resultierenden Widerstand der Produzenten in das spätkapitalistische Ordnungsgefüge integrieren. Die "Ableger" des "antiautoritären Lagers" in den bestehenden Institutionen, speziell in der Sozialdemokratischen Partei und in der FDP, stürzen diese Organisationen unweigerlich in eine tiefgreifende Krise, die eine notwendige Voraussetzung für die weitere Entfaltung und Verbreiterung der antikapitalistischen Opposition ist. Die pauschale Verketzerung der "Antiautoritären" als "kleinbürgerliche Revoluzzer" ist das Resultat einer theoretischen Fehleinschätzung. Sie ist objektiv konterrevolutionär. In der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzung ist die Entwicklung des antiautoritären Lagers der beste und möglicherweise der einzige Ansatzpunkt für die Entwicklung der antikapitalistischen Opposition.

Die antiautoritäre Haltung büßt ihre progressive Bedeutung jedoch dort ein und schlägt in ihr Gegenteil um, wenn sie dazu führt, daß sie auch innerhalb der antikapitalistischen Bewegung zur Ideologie erhoben wird und die Bildung der notwendigen, Disziplin voraussetzenden Organisationsstrukturen verhindert. Mit dieser Erscheinung haben wir uns in einer Weise auseinanderzusetzen, die die revolutionäre Bedeutung des "antiautoritären Lagers" nicht negiert und die Anwendung der von der bürgerlichen Propaganda bereitgestellten Klischees ausschließt.

Worin besteht nun das Problem? Die gegenwärtige Phase der politischen Entwicklung der Außerparlamentarischen Opposition ist durch einen auffälligen Widerspruch gekennzeichnet. Der Vietnam-Kongreß, die Vietnam-Demonstration vom 18. Februar und die 1.-Maidemonstration 1968 haben gezeigt, daß sich die Außerparlamentarische Opposition in Westberlin heute schon auf eine Massenbasis von ca. 50 000 stützen kann (wahrscheinlich liegt diese Zahl höher, da es unwahrscheinlich ist, daß jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt sämtliche Anhänger der Außerparlamentarischen Opposition an einem Punkte zusammenkommen; insoweit dürften die Demonstrationen jeweils nur einen Teil der Anhängerschaft umfassen.). Berücksichtigt man die Tatsache, daß unter den gegebenen Umständen in Westberlin nur ein sehr geringer Teil der Gesamtbevölkerung politisch in der einen oder anderen Richtung engagiert und aktiv ist (schließlich hat der Senat für die

Kundgebung am 21. Februar 1968 trotz der Generalmobilmachung ebenfalls nur ca. 50000 Personen mobilisieren können), so erhellt daraus, daß die Massenbasis der Außerparlamentarischen Opposition eine nicht unerhebliche Kraftreserve darstellt, daß es uns aber bisher nicht gelungen ist, diese Reserven auszuschöpfen und das Potential über punktuelle Kampagnen hinaus in eine kontinuierliche politische Bewegung überzuleiten.

Eine Masse von 50.000 kann als Kraftreserve optimal nur dann genutzt werden, wenn die Masse zur Gruppe wird, oder genauer, wenn die zunächst noch im Zustand der Einzelung befindlichen Partikel dieser Masse durch eine geeignete organisatorische Struktur zu Kontakten untereinander angeregt werden, und dieser Kontakt auch tatsächlich hergestellt wird.

Bisher ist es uns nur gelungen, diese Masse von Fall zu Fall auf die Straße zu bringen. Wir sollten uns jedoch nicht einbilden, daß wir durch die auf den Kundgebungen gehaltenen Reden diese Masse in ihrer politischen Haltung stabilisieren, die Bewußtseinsentwicklung weitertreiben und zu konkretem politischen Handeln anleiten können.

Es dürfte nicht schwerfallen, über diese These eine weitgehende Übereinstimmung herzustellen. Es ergibt sich folglich die Frage, welche Widerstände sich der Schaffung einer solchen Organisationsstruktur entgegenstellen. Hier sind verschiedene Faktoren zu berücksichtigen.

- a) Die theoretisch fundierte Ablehnung des bürgerlichen Parlamentarismus führt dazu, die organisatorische Konzeption der bürgerlichen Parlamentsparteien zu verwerfen.
- b) Die bürokratische Entartung der kommunistischen Kaderparteien sowohl in den sozialistischen Ländern als auch in den kapitalistischen Ländern (die KP Frankreichs dürfte gerade in jüngster Zeit ein eindrucksvolles Beispiel für die konterrevolutionären Konsequenzen dieser Entartung gegeben haben) hat dazu geführt, daß das Leninsche Prinzip der Kaderpartei weitgehend in Mißkredit geraten ist.
- c) Die antiautoritäre, institutions- und organisationsfeindliche Einstellung in weiten Teilen der Außerparlamentarischen Opposition bringt Aversionen gegen den Gedanken an eine organisatorische Strukturierung, die notwendig eine freiwillig auferlegte Disziplinierung voraussetzt, hervor.

Der emotionelle Widerwille gegen die Einhaltung einer Organisationsdisziplin wird weitgehend mit einer Argumentationsreihe gegen die parlamentarischen Parteien und gegen die Leninsche Kaderpartei "rationalisiert". Auf dem Hintergrund dieser emotionalen Ablehnung jeglicher Organisationsstruktur und Organisationsdisziplin wird gegenwärtig die Theorie von der Spontaneität der Massen zur Ideologie erhoben und als stärkstes Geschütz gegen alle Bestrebungen zur Schaffung einer Organisationsstruktur in Stellung gebracht. Dabei wird jedoch nur die eine Seite der Polemik Rosa Luxemburgs gegen die Leninschen Organisationsprinzipien zur Kenntnis genommen. Es ist sicherlich richtig, daß "die sozialdemokratische (nach unserem Sprachgebrauch: die sozialistische) Bewegung die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften (ist), die in allen ihren Momenten, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist" (Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie; Europäische Verlagsanstalt 1963, S. 26). Ebenso wichtig ist aber auch die Feststellung, daß es "keinem Zweifel (unterliegt), daß der Sozialdemokratie (nach unserem Sprachgebrauch: der sozialistischen Bewegung) im allgemeinen ein starker zentralistischer Zug innewohnt. Erwachsen aus dem wirtschaftlichen Boden des seinen Tendenzen nach zentralistischem Kapitalismus und angewiesen in ihrem Kampfe auf den politischen Rahmen des zentralisierten bürgerlichen Großstaats, ist die Sozialdemokratie von Hause aus eine ausgesprochene Gegnerin jedes Partikularismus und nationalen Föderalismus. Berufen dazu, allen partiellen und Gruppeninteressen des Proletariats gegenüber dem Rahmen eines gegebenen Staates die Gesamtinteressen des Proletariats als Klasse zu vertreten, hat sie überall die natürliche Bestrebung, alle nationalen, religiösen, beruflichen Gruppen der Arbeiterklasse zur einheitlichen Gesamtpartei zusammenzuschweissen..." (Rosa Luxemburg a.a.O., S. 25/26)." (Fortsetzung folgt)

POLITISCHER TERROR DES SCHAH: BERICHT AUS IRANISCHEN GEFÄNGNISSEN

EXTRA-Dienst veröffentlicht nachstehend einen aus dem Englischen übersetzten "Appell an die Demokraten der Welt", den die Konföderation Iranischer Studenten aus Teheran herausschmuggeln ließ. In diesem Appell ist ausführlich und detailliert von den Zuständen in den Gefängnissen Teherans die Rede. Uns erscheint dieser Bericht auch unter dem Aspekt aktuell, daß Bundeskanzler Kiesinger gerade von einem Besuch des Iran zurückgekehrt ist. Wie man hört, soll der Schah inzwischen die Ereignisse um seinen Besuch in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr und die Demonstration an der Deutschen Oper Berlin "vergessen und verziehen" haben.

"Eine neue Welle der Unterdrückung bestimmt die politische Szene in Persien. Das Militärregime des Schah, der die Gastgeberrolle für eine Festversammlung zum 20. Jahrestag der Menschenrechtserklärung spielte, um das angeschlagene Image seiner "demokratischen Regierung" wieder aufzupolieren, hat zur Zeit der Menschenrechtskonferenz in Teheran seine Unterdrückung patriotischer Bürger verstärkt. Angesichts der wachsenden allgemeinen Unruhe überall im Land, mußte die Militärdiktatur einmal mehr zu Mitteln wie Massenverhaftungen, Folterungen und Vertreibung demokratischer Iraner greifen: Viele von ihnen sind für lange Zeit ins Gefängnis gebracht worden.

Innerhalb der letzten Wochen sind die Studenten der Universitäten von Teheran und Shiraz aus Protest gegen Verweigerung selbst der primitivsten demokratischen Freiheiten in den Streik getreten. Das Resultat: Die Shiraz-Universität wurde gänzlich, die Teheraner Universität teilweise geschlossen und von Militäreinheiten umstellt. Dem friedlichen Protest der Studenten wurde mit brutaler Reaktion der Militärdiktatur geantwortet. Ungefähr fünfzig Studenten wurden inhaftiert und in Gebiete mit kaum erträglichen klimatischen Bedingungen verbannt. Diesen Verbannungen ging nicht einmal ein Urteil der sonst üblichen Scheinprozesse des Regimes voraus. Unter diesen Studenten sind so bekannte Studentenfürher wie Bamdad Arfazadeh, Beezhan Jazani, Alireza Azfazadeh, Majid Ahsan und Hassan Zarifi. Damit nicht genug: Das Schah-Regime fand es zusätzlich notwendig, gefangengehaltene Intellektuelle zu verbannen: beispielsweise Parviz Nik-khah, Mansouri, Hekmatjoo und Khavari. Um die unruhige Bevölkerung abzuschrecken, wurden auf direkten Befehl des Schahs die Bedingungen in den Gefängnissen noch unerträglicher gemacht. Gefangene beschreiben die Situation in Briefen, die aus Teheraner Haftanstalten geschmuggelt wurden, mit einzelnen Beispielen:

1.) Von Zeit zu Zeit werden Gefangene, die noch sieben oder acht Monate bis zu ihrer Entlassung haben, vor das Militär-Stadt-Gericht (Military Magistrate Court) gebracht, wo ihnen erneut der Prozeß gemacht wird. So wurden Messers Molaii und Bonakdar bestraft, weil sie religiöse Führer zitiert hatten und für die Gesundheit seiner Eminenz, Ayatollah Khomeini (der verbannte Führer der Iranischen Shiit-Sekte) gebetet hatten. Sie wurden vom Militärgericht aufgrund des Artikels 69 des Militär-Strafgesetzes zu drei weiteren Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie (im Gefängnis) zu militärischem Kampf aufgerufen hätten.

2.) Die medizinische Versorgung der Gefangenen ist katastrophal; kein notwendiges Arzneimittel ist in der Gefängnisapotheke vorhanden. Um den Gefängnisarzt zu besuchen, muß man sich in langen Schlangen anstellen und, wenn man behandelt wird, geschieht das oberflächlich. Der Gefängnisarzt Javaheri ist der einzige Arzt für 6000 politische und kriminelle Gefangene.

3.) Was die Raumfrage betrifft, so sind die Bedingungen für die Gefangenen grauenvoll. Jeder hat 'Anspruch' auf 1,05 Quadratmeter. Es gibt keinen Zugang zu frischer Luft, keine Spaziergänge auf dem Gefängnishof.

4.) Obwohl die Qualität der Gefängnisnahrung erbärmlich ist, ist es den Angehörigen verboten, Nahrungsmittel in die Anstalten mitzunehmen.

5.) Mehr und mehr werden die Besuchsmöglichkeiten eingeschränkt, die Besuchszeiten verkürzt.

6.) Die tägliche Ration darf nicht mehr als den Gegenwert von 60 Pfennig übersteigen: 30 Gramm Zucker, 2 Gramm Tee, zwei Scheiben Brot. Außerdem werden etwa 80 Gramm Seife der schlechtesten Qualität pro Woche zugeteilt.

7.) Hochwürden Hady Ali-Akbar Hashemi wurde zwölf Stunden lang auf brutalste Weise gefoltert: Seine Ohren wurden dabei fast völlig zerfetzt. Hochwürden Said Ali Ghayoori wurde schwer geschlagen und gefoltert. Trotz seines schweren Herzleidens wird er immer von neuem verhört.

Diesen Briefen zufolge wurden viele politische Gefangene unter schweren Foltern verhört, einige davon von 'unbeschreiblicher und unaussprechlicher Art' (so heißt es in den Briefen). Die Konföderation Iranischer Studenten (Nationale Union) appelliert an alle demokratischen Kräfte der Welt, insbesondere an die Journalisten, ihre Stimme zum Protest gegen die Verbrechen der Diktatur des Schah und gegen die brutale Verfolgung iranischer Patrioten zu erheben und sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen im Iran einzusetzen."

PERSONALIEN

AXEL CAESAR SPRINGER, westdeutscher Verleger, ist wieder der Star der zweiten Folge des ostdeutschen Fernsehfilms "Ich, Axel Caesar Springer", der wahrscheinlich am 25. Oktober im Deutschen Fernsehfunk der DDR ausgestrahlt wird. Im ersten Teil des Streifens hatten die DDR-Autoren behauptet, der Verleger habe seine finanzielle Basis durch Verbindungen zu Nationalsozialisten erhalten.

HELMUT SCHMIDT, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei, übernahm ein hochdotiertes Aufsichtsratsmandat bei der "Berlinischen Lebensversicherungs AG", einem Unternehmen der "Allianz" Gruppe.

W.I. LENIN, sozialistischer Revolutionär, erreichte inzwischen die Spitze der Welt-Bestseller-Liste. Bis zum Jahre 1967 war die christliche Bibel das meistübersetzte Werk - es wurde in 197 Sprachen übersetzt, wie eine Statistik der UNESCO ausweist. Inzwischen wurde die Bibel von Lenins Werken überrundet. Sie brachten es auf Übersetzungen in 201 Sprachen.

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 25. September, 20 Uhr: RC-Mitglied Klaus Hermann referiert im Arbeitskreis Bürokratie und Räte "Zur Strategie und Theorie der APO nach der Intervention in der CSSR".

DONNERSTAG, 26. September, 20 Uhr: Der Ökonom Elmar Altvater über "Die neue Wirtschaftspolitik der CSSR - Rückkehr zum Kapitalismus?"

DER ARBEITSKREIS KIRCHE UND REVOLUTION kommt das nächstemal erst am Montag, 14. Oktober, 20 Uhr zusammen. Thema: Die Kirche im Jahre 1918. Grund der Pause: Auch Arbeitskreis-Koordinator Gerhard Dümchen möchte mal Urlaub machen.

HINWEISE DER REDAKTION

DIE GRUPPE WESTBERLIN DER IdK "War Resisters International" hat einen telefonischen Beratungsdienst für alle Wehrpflichtigen und Kriegsdienstgegner eingerichtet. Beratungszeit ist täglich von 8 bis 10 Uhr über Telefon 43 40 61 (Peter Thomas Krüger) und täglich von 16.30 bis 17.30 Uhr über Telefon 388 42 70 (Heinz Seidel). Schriftliche Anfragen bei P. T. Krüger, 1 Berlin 27, Erholungsweg 61a.

IN STUTTGART findet am Sonnabend, 5. Oktober, 19 Uhr, im Charlottenkeller am Charlottenplatz die Gründung des Sozialistischen Lehrerbundes statt.

DER BUNDESVORSTAND der Sozialistischen Jugend Deutschland, Die Falken, hat eine Broschüre "Von der Schülermitverantwortung zur Schülermitbestimmung" herausgebracht, die im Bundessekretariat, 6 Frankfurt, Rückertstraße 39, zu haben ist. Autor der Broschüre ist der 2. Bundesvorsitzende Brücher, ein Lehrer aus Düsseldorf.

HALLO ATTILASTRASSE 162 - Der EXTRA-Dienst-Leser aus der Attilastrasse 162 übersandte DM 15.00 ohne Angabe seines Namens. Wie sollen wir ihn unter 4000 Abonnenten finden? Bitte melden...

PILLEN: WO UND WER

Immer wieder wird EXTRA-Dienst nach Adressen von Ärzten gefragt, die ohne ethische oder religiöse Bedenken die Anti-Baby-Pille verschreiben. EXTRA-Dienst veröffentlicht deshalb nachstehend eine Liste von Kontaktstellen in den meisten westdeutschen Großstädten und in Westberlin, bei denen die Anschriften von Ärzten vorliegen, die - nach Untersuchung - die Anti-Baby-Pille verschreiben. Die Anschriftenliste verdanken wir der Redaktion der Zeitschrift "kritischer katholizismus" in Bochum:

- Aachen**
Sozialreferat des AStA
Telefon 02 41/3 31 04
- Bochum**
Sozialreferat des AStA
Telefon 0 23 21/29 91
- Berlin**
Sozialreferat des AStA der FU
Berlin 33, Ihnenstr. 22,
Tel. 76 90 22 57, Vermittlung 7 69 01
Sozialreferat der TU Berlin 12,
Hardenbergstr. 34
- Bonn**
Sozialreferat des AStA, Nassestr. 11
- Darmstadt**
Arbeitsgemeinschaft für sexuelle
Aufklärung und Geburtenkontrolle
Darmstadt, Frankfurter Str. 90
- Essen**
Manfred Spieß, Leiter des Filmforums
der Folkwangschule Essen
Telefon 0 21 41/4 99 21
- Frankfurt**
R. Reiche, SDS Frankfurt
- Freiburg**
Sozialreferat des AStA Freiburg
Telefon 07 61/20 36 82
- Göttingen**
Sozialreferat des AStA
Telefon 05 51/5 89 01
Sozialreferat der PH
Telefon 05 51/4 38 80

- Hamburg**
Sozialreferat des AStA Hamburg
Telefon 04 11/41 00 30 64
- Hannover**
AStA der TH-TU. (Sexualberatungs-
stelle in Zusammenarbeit mit der
pro familia, einmal wöchentlich)
Telefon 05 11/76 21
- Heidelberg**
Sozialreferat des AStA
- Kiel**
Sozialreferat des AStA (hier können,
wenn nachgewiesen wird, daß
ärztliche Untersuchung vor weniger
als einem halben Jahr erfolgt ist,
sogar Rezepte direkt vom AStA
bezogen werden), Telefon 04 31/59 31
- Köln**
Sozialreferat des AStA Köln
(nur gegen Vorlage von Studenten-
ausweisen), Telefon 02 21/20 24 26 12
- Karlsruhe**
AStA der TU (im Rahmen einer
Antikonzeptionsberatung)
Telefon 07 21/69 10 41
- Konstanz**
Sozialreferat des AStA
Telefon 0 75 31/6 34 51

- Marburg**
Sozialreferat des AStA
Telefon 0 64 21/35 97
- München**
Aktionsgemeinschaft Demokratische
Universität (Fr. Julia von Bär)
Telefon 08 11/29 20 54
oder HU (führt 1968 Sexual-
erziehungseminare durch)
Telefon 08 11/39 90 96
Pro Familia-Landesverband Bayern:
50 Adressen von Ärzten
in ganz Bayern
München 2, Marienplatz 2/IV
- Münster**
über das Sozialreferat des AStA
der PH (ev.), Telefon 02 51/4 64 57
oder AStA
- Oldenburg**
AStA der PH, Telefon 04 41/5 20 11
- Saarbrücken**
AStA der Universität
Telefon 06 81/2 13 51
- Stuttgart**
Sozialreferat des AStA der TU
Telefon 07 11/29 97 31
wird der Fragende an die HSU
Stuttgart weiterverwiesen, die ihrer-
seits die Ärzteadressen vermittelt
- Tübingen**
über den AStA, Sozialreferat
Telefon 0 71 22/711

BERLINER EXTRA-DIENST, 1 BERLIN 15, WIELANDSTR. 27, TEL. : 883 40 74

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, minde -
stens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00
(Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpost-
zuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement
kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt
werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungs-
gesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712,
(Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: